**Beschlussvorlage FB 1/010/2023
TOP Nr. 4 (Stadtrat)**

**Gremium
Stadtrat**

**Beschluss
Entscheidung**

**Ö-Status
öffentlich**

**Sitzungstag
09.05.2023**

Bezeichnung des Tagesordnungspunktes:

Öffentliche Sicherheit und Ordnung;

Antrag der Stadtratsfraktion der CSU auf Änderung der Verordnung der Stadt Grafing b.München über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten (Plakatierungsverordnung)

Sachverhaltsdarstellung / Begründung

Die Plakatierungsverordnung vom 10. Juli 2001, zuletzt geändert mit der 1. Änderungssatzung vom 10.10.2007 soll in Bezug auf den folgenden **Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 20.02.2023**, eingegangen bei der Verwaltung am 22.02.2023, angepasst werden:

Sehr geehrte Herr Bürgermeister, liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen,

Situationsbeschreibung:

Im Wahlkampfgeschehen kam es in der Vergangenheit immer wieder zu einem erhöhten Müllaufkommen wegen unkontrolliertem Plakatierungsverhalten der einzelnen Parteigruppierungen. Durch eine verbesserte Plakatierungsverordnung der Stadt Grafing soll in Zukunft die Umweltbelastung verringert werden und eine negative Beeinträchtigung unseres Ortsbildes durch übermäßiges Plakatieren vermieden werden.

IST-Zustand:

- *Es werden bis zu 8 Wochen vor den jeweiligen Wahlen insgesamt 14 städtische Tafeln an fest definierten Standorten in der Stadt und den Ortsteilen Grafings aufgestellt. Die Verwaltung hat am 05.11.2013 eine geänderte Plakatierungsverordnung erlassen und lässt diese wie bisher den jeweiligen Parteigruppierungen zukommen. In dieser ist festgelegt, wie viele Anschläge die jeweilige Partei an der jeweiligen Tafel anbringen darf.*
- *Zusätzlich dürfen im Stadtgebiet (außer Marktplatz) 40 doppelseitige Anschläge pro Partei verteilt und plakatiert werden.*

Für Veranstaltungen dürfen zusätzlich 10 doppelseitige Anschläge pro Partei verteilt und angebracht werden, die zeitnah nach der Veranstaltung wieder entfernt werden müssen.

Aktuelle Standorte der Plakattafeln (14):

<i>Marktplatz Süd</i>	<i>Bahnhofstraße</i>
<i>Marktplatz Nord</i>	<i>Stadtpark</i>
<i>Wasserburger Straße</i>	<i>Bahnhofstraße Museum (weg)</i>
<i>Münchener Straße</i>	<i>Tegernauer Straße/Einmündung Inntalstraße</i>
<i>Griesstraße</i>	<i>Grafing Bahnhof</i>
<i>Gartenstraße</i>	<i>Straußdorf</i>
<i>Kapellenstraße</i>	<i>Elkofen</i>

SOLL-Zustand:

Die Siedlungs- und Baustruktur der Stadt und ihrer Ortsteile hat sich in den letzten Jahren durch verschiedene Bautätigkeiten verändert. Um diesen Änderungen Rechnung zu tragen, sollen die vorhandenen, städtischen Plakatierungsplätze um die folgenden Standorte ergänzt werden.

Neue Standorte für Plakattafeln (12):

Wiesham	Hesselfurt
Öxinger Platz	Goldberg
Hans-Eham-Platz	Bergstraße
Nettelkofen	Freibad/Eishockeystadion
Unterekofen	Eisendorf
Schönblick	Grafring Bahnhof umstellen direkt am Bahnhof
Schammach	

Feste Zuteilung von Plakatplätzen:

In der Vergangenheit kam es bei der Plakatanordnung auf den Tafeln gelegentlich zu Missverständnissen und zur „Überplakatierung“. Dieses Ärgernis und die damit einhergehende Materialverschwendung kann durch ein geordnetes System mit fest definierten Plakatplätzen vermieden werden, wie in nachfolgender Grafik schematisch dargestellt.

1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12

Die Zuteilung der Plakatplätze am jeweiligen Standort erfolgt durch die Stadtverwaltung mittels Losverfahren. Die Verteilung der Plakatplätze für jede Plakatwand wird separat ausgetost.

Anschaffung neuer öffentlicher Plakatwände

Die aktuell vorhandenen Plakattafeln sollen gegen moderne und leichtgewichtige Modelle ausgetauscht werden. Dadurch soll den Mitarbeitern des Bauhofs die Arbeit erleichtert werden und das Stadtbild entsprechend gewahrt bleiben.

Weitere Regelungen zur Plakatierung:

Das Anbringen von weiteren Plakaten (einseitig oder doppelseitig) im Stadtgebiet ist nicht erlaubt. Die bisherige Genehmigung zum Aufstellen von 40 weiteren Plakaten entfällt. Dadurch soll das Müllaufkommen verringert werden und dem Plakatvandalismus begegnet werden. Für Veranstaltungen ist das Anbringen von 10 doppelseitigen Anschlägen erlaubt.

Die Plakate sollen aus umweltfreundlichem Material bestehen. Hohlkammer-Plakate müssen nach dem Gebrauch aus Umweltschutzgründen fachgerecht recycelt werden.

Antrag:

Der Stadtrat möge die vorgeschlagene Änderung der Plakatierungsverordnung beschließen und die Verwaltung mit der Machbarkeitsprüfung und Umsetzung beauftragen.

Rechtliche Würdigung der Verwaltung:

Standorte für Plakatstellwände:

Aus Sicht der Verwaltung besteht mit den vorgeschlagenen Standorten grundsätzlich Einverständnis.

Wichtig ist hier zu Bedenken, dass es bei keinem Standort zu einer Beeinträchtigung des Verkehrs kommen darf, z. B. Gefahren durch Sichtbehinderungen müssen ausgeschlossen werden. Bei allen Straßen wie die Aiblinger Straße, bei dem Hafemair am Bach etc. muss der jeweilige Baulastträger miteingebunden werden. Bei diesem liegt sodann auch die Entscheidungshoheit. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass eine Genehmigung hier selten erteilt wird. Zudem wird zu jedem Standort, unabhängig vom Baulastträger, die Polizeiinspektion Ebersberg beteiligt.

Die Stadt hat daher einzelne Standorte in den vorgeschlagenen Bereichen festgelegt und diese zur Entscheidung den genannten Stellen vorgelegt.

Verteilung der Plakatplätze im Losverfahren – nicht möglich:

Bei der Zuteilung der Plätze ist der Grundsatz der abgestuften Chancengleichheit anzuwenden (vgl. BVerwG, Urt. v. 13.12.1974, DÖV 1975, 200). Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 PartG kann sich der Umfang der Platzgewährung auf den Tafeln nach der Bedeutung der Parteien richten, welche sich insbesondere nach den Ergebnissen vorausgegangener Wahlen zu Volksvertretungen bemisst. Bei der Verteilung ist ferner zu berücksichtigen, dass mehrere Wahlen (Gemeinde- und Kreiswahlen) stattfinden. Der Umfang der Plakatierung von Parteien, die zu den Gemeindewahlen antreten, wird im Vergleich zu Parteien, die nur zu Kreiswahlen antreten, angemessen erhöht, weil die Werbemöglichkeiten örtlich auf ein Gemeindegebiet beschränkt sind. Darüber hinaus ist zu beachten, dass jeder Partei, die im Bundestag mit Fraktionsstärke vertreten ist (SPD, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Die Linke, AFD), entsprechend ihrer gesetzlichen Privilegierung nach § 5 Abs. 1 Satz 3 PartG insgesamt mindestens die Hälfte der Plakatierungsmöglichkeiten wie für jede andere Partei zur Verfügung zu stellen ist.

Das im Parteiengesetz verankerte Mindestmaß der Berücksichtigung kleinerer Parteien gebietet ferner, dass der größten Partei kein Anteil zugewiesen wird, der den Anteil der kleinsten Partei um mehr als das Vierfache bis Fünffache übersteigt.

Anschaffung neuer öffentlicher Plakatwände

- Die aktuell vorhandenen Plakattafeln sollen gegen moderne und leichtgewichtige Modelle ausgetauscht werden. Dadurch soll den Mitarbeitern des Bauhofs die Arbeit erleichtert werden und das Stadtbild entsprechend gewahrt bleiben.

Der Bauhof wird die neuen Plakattafeln selbst herstellen. Dies ist zum einem kostengünstiger und zudem kann hier der Bedarf optimal ermittelt und bei dem Bau umgesetzt werden.

- Kosten für neue Plakatwände:

Ausgegangen wurde von insgesamt 24 neuen Plakattafeln (14 alte Standorte und 10 neue Standorte):

Bauhof

Bei Herstellung durch den Bauhof selbst entstehen Kosten von ca. 35.000 EUR (pro Stück 1.459 Euro)

Fremdfirma

Bei Herstellung durch eine Fremdfirma entstehend Kosten von ca. 50.000 EUR netto (hinzu kommen die Lieferung, das Setzen der Hülsen, das Material etc.).

Es wird vorgeschlagen, folgende Änderungsverordnung zu erlassen:

Vorschlag der Verwaltung:

- In diesem Jahr werden lediglich die neuen Standorte hergestellt.
- Zeitlich ist dies mit Beschaffung des Materials für den Bauhof zeitlich sehr eng berechnet.
- In 2024/2025 werden zudem entsprechende Haushaltsmittel eingeplant und die restlichen (älteren) Plakatwände erneuert.
- Streichung der Möglichkeit, dass jede Partei 40 weitere doppelseitige Anschläge anbringen darf.
- Für Veranstaltungen dürfen jeweils nur 10 doppelseitige Anschläge angebracht werden.

Es wird vorgeschlagen, die Plakatierungsverordnung wie folgt zu ändern:

**3. Änderungsverordnung
zur Verordnung der Stadt Grafing b.München über
das Anbringen von Anschlägen und Plakaten
(Plakatierungsverordnung)
in der Stadt Grafing b.München**

vom xx.xx.xxxx

Die Stadt Grafing b. München erlässt aufgrund des Art. 28 Landesstraf- und Verordnungsgesetz (LStVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1982 (BayRS 2011-2-I), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2022 (GVBl. S. 718) folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung der Stadt Grafing b.München über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten (Plakatierungsverordnung) in der Fassung der 2. Änderungsverordnung vom 06.11.2013 wird wie folgt geändert:

§ 2 Plakatierung politischer Parteien und Wählergruppen

- (1) *Politische Parteien und Wählergruppen dürfen bis zu 3 Wochen vor konkreten Veranstaltungen 10 Anschläge auf das Stadtgebiet verteilt auch außerhalb der in § 1 Abs. 1 genannten Stellen anbringen. Die Anschläge sind innerhalb von 3 Tagen nach dem Ereignis zu beseitigen. Die Plakate sollen aus umweltfreundlichem Material bestehen. Die Hohlkammer-Plakate sind nach dem Gebrauch aus Umweltschutzgründen fachgerecht zu recyceln.*
- (2) *Die unter Absatz 1 genannten Anschläge dürfen nur innerorts und nicht an verkehrsleitenden Beschilderungen angebracht werden.*
- (3) *Eine zusätzliche Plakatierung in Bezug auf Wahlen, Volksbegehren oder Bürgerentscheide außerhalb der in Absatz 1 genannten Anschlagstafeln ist untersagt.*
- (4) *Die örtlichen Regelungen zur Sondernutzung bleiben hiervon unberührt.*

§ 2

Die Verordnung tritt eine Woche nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Stadt Grafing b.München

Grafing b.München, xx.xx.xxxx

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt der 2. Änderungsverordnung zur Verordnung der Stadt Grafing b.München über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten (Plakatierungsverordnung) mit obigem Inhalt die Zustimmung zu erteilen.

Finanzielle Auswirkungen:

Ja Nein Verw.HH / Verm.HH Ansatzüberschr. Nachtragsvormerkung

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Ja, positiv Ja, negativ Nein

Wenn ja, negativ: Bestehen alternative Handlungsoptionen? Ja Nein

Anlagen:

Antrag_Plakatierungsverordnung_CSU_2023